

„Es muss Geld ins System gegeben werden“

Diskussion mit der Staatssekretärin Bärbl Mielich zur Situation der Pflege in den Krankenhäusern

Bühl (mg). Eine „chronische Schiefelage“ bescheinigte die bündnisgrüne Staatssekretärin Bärbl Mielich vom baden-württembergischen Ministerium für Soziales und Integration der Situation in den Krankenhäusern. Seit der Einführung der Fallpauschalen im Jahr 2004 sei beim Pflegepersonal gespart worden, sagte sie bei einer Diskussionsrunde mit rund 30 Teilnehmern in Bühl. Ihr wurden zwei Dinge zurückgemeldet: Ja, Pflegekräfte sind überlastet und es komme deshalb zu Kündigungen, die den Notstand noch verstärken. Und trotzdem sei es ein schöner Beruf, für dessen guten Ruf und Ausbildung man viel mehr tun müsse.

Das Land bereite derzeit ein Gesetz vor, das die Kommunen in die Lage versetzen soll, vor Ort zu entscheiden, welche Strukturen und Angebote nötig seien. Außerdem arbeite das Land an neuen Ausbildungsrichtlinien, damit ab 2020 neue Ausbildungsgänge in der Pflege beginnen können. Teilspezialisierungen wie bei den Ärzten seien richtig, bestätigte Pflegedirektorin Elisabeth Born vom Klinikum Mittelbaden. Sie betonte, dass es sich um einen schönen Beruf handle und dass Pflegenden Leistungsträger seien. Man werde aber mehr Ausbildungsplätze schaffen müssen: „Es muss Geld ins System gegeben werden.“

Ein Altenpfleger berichtete, dass er die Dokumentation nur nach Feierabend erledigen könne und dafür zwei bis drei Überstunden machen müsse. Die Vertreterin einer Pflegeschule wies auf eine mögliche Entbürokratisierung hin. Die



ZUR ZUKUNFT DER PFLEGE gab es eine Diskussion mit Staatssekretärin Bärbl Mielich (links). Die Landtagsabgeordnete Bea Böhlen hatte dazu eingeladen. Foto: Gabriel

Grundsteine dafür seien gesetzlich gelegt. Sie beklagte aber, dass Auszubildende in der Pflege viel zu schnell mitarbeiten müssten, anstatt als Schüler behandelt und gut eingewiesen zu werden. Die 13 000 neuen Stellen in der

Pflege, die Bundesgesundheitsminister Jens Spahn für 2019 zugesagt hat, seien „weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Bärbl Mielich. Strukturell ändere dies gar nichts. Unklar sei, woher das Personal kommen solle.

„Wer spricht eigentlich für uns als Patienten?“, wollte ein Mann wissen. Am Patienten müsse verdient werden, und damit schwarze Zahlen unterm Strich stünden, würde auch am Patienten gespart. Kranke Menschen dürfe man eigentlich nicht unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten. „Dass sie ein Wirtschaftsfaktor sind, ist richtig“, bestätigte Bärbl Mielich. Merken sollte das der Patient aber nicht. Manuel Hummel (Bündnis 90/Grüne), Aufsichtsrat beim Klinikum Mittelbaden, widersprach der Ansicht, ein Krankenhaus müsse schwarze Zahlen schreiben. „Das kommt ganz auf die Haltung in der Politik vor Ort an.“

Bärbl Mielich hatte am Mittwoch auf Einladung der Landtagsabgeordneten Bea Böhlen (Bündnis 90/Grüne) zunächst die Bernd-Blindow-Schulen in Baden-Baden besucht, die Ausbildungen in Gesundheitsberufen anbieten. Danach traf sie sich mit dem Gesamtbetriebsrat und der Geschäftsleitung des Klinikums Mittelbaden in Bühl. Sie kündigte am Abend an, dass das Land Baden-Württemberg bei Anträgen auf Investitionszuschüsse die jeweiligen Klinikstandorte genau anschauen und nachfragen werde, wie sie sich die Zukunft vorstellen. „Eine Konzentration ist sinnvoll, auch in der Ortenau“, sagte sie mit Blick auf das Ortenau-Klinikum. Der Nachbarreis koche „sein eigenes Süppchen“ stichelte Bea Böhlen. Bärbl Mielich sagte auch, dass man Kliniken nicht nur an der Bettenzahl messen könne.